

Die Wochenzeitung, Nr. 08/2017 vom 23.02.2017

Russische Revolution: Mit harter Hand von der Utopie zu reinen Versprechungen

Die Folgen der Russischen Revolution haben die Welt verändert, ihre Forderungen bleiben zeitgemäss. Was lässt sich heute daraus lernen? Ein paar Überlegungen hundert Jahre danach.

Von Heiko Haumann

Der Bauer Aleksander Samarajew, der in Nordrussland lebte, notierte in seinem Tagebuch nicht nur Angaben über das Wetter, seinen Hof und die Landwirtschaft, Preise und die Kirche, sondern auch über politische Ereignisse. Er lehnte das zaristische System ab. Die Februarrevolution von 1917 begrüsst er, von der Oktoberrevolution befürchtete er hingegen nur «Wirren und Anarchie».

[...]

Viele Hoffnungen und Erwartungen waren mit der Revolution verbunden. Das hängt mit deren Ursachen zusammen. Die verantwortlichen Träger des zaristischen Herrschaftssystems waren nicht mehr in der Lage gewesen, das in der Gesellschaft vorhandene Potenzial angemessen zu entwickeln, trotz aller Fortschritte und Aufschwungstendenzen. Zu nennen sind etwa: die ungelöste Frage der Landverteilung und der Zukunft der Landwirtschaft; die unzureichend gebliebene Industrialisierung, die mit erbärmlichen Verhältnissen für die ArbeiterInnen einherging; die Behandlung von KritikerInnen und Oppositionellen; die zwiespältige Politik den zahlreichen Nationalitäten gegenüber; das uneinheitliche Handeln in der internationalen Verflechtung.

In den Krisen während des Russisch-Japanischen Kriegs 1904/05 und des Ersten Weltkriegs zeigte sich die Unfähigkeit der herrschenden Kräfte besonders deutlich. Die Autorität und Legitimation des Systems zerfiel und leitete in die revolutionären Aufbrüche von 1905 und 1917 über. Die Forderungen der Massenbewegungen im Revolutionsjahr spiegeln diese Probleme: Brot, Land, Freiheit, Arbeiterkontrolle oder gar Selbstverwaltung in den Betrieben, Frieden ohne Annexionen, nationale Selbstbestimmung, eine neue Verfassung – bis hin zu «Alle Macht den Räten», den Sowjets. Der «Doppelherrschaft» von Provisorischer Regierung und Petrograder Sowjet nach der Februarrevolution gelang es nicht, diese Forderungen in praktische Politik umzusetzen. Sie überliess die Entscheidungen über die wichtigsten Fragen der künftigen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, deren Wahl sie allerdings immer wieder hinausschob.

Auf dem Weg zum Kommunismus?

In der Bevölkerung wuchs die Unzufriedenheit mit der Regierung und den Parteien, die sie unterstützten. NutzniesserInnen dieser Entwicklung waren die Bolschewiki, die als einzige grössere Partei die Forderungen der Massenbewegungen kompromisslos unterstützten. So war zwar der Oktoberumsturz keine Folge von Demonstrationen und eines Generalstreiks wie die Februarrevolution, sondern eine gezielte Aktion bewaffneter ArbeiterInnen und Soldaten

unter der Leitung von Bolschewiki und mit ihnen verbündeten Kräften. Aber es war eine vorab in der Öffentlichkeit diskutierte Aktion, die unter dem Druck der Massenbewegungen zustande kam.

Unmittelbar nach dem Umsturz erfüllten der Zweite Allrussische Sowjetkongress und der provisorische Rat der Volkskommissare – die neue Regierung – die erwähnten Forderungen, zumindest auf dem Papier: mit den Dekreten über Grund und Boden, Frieden und Arbeiterkontrolle sowie mit der Deklaration über die Rechte der Völker Russlands. Auch die Verfassunggebende Nationalversammlung wurde nun gewählt. Als deren Mehrheit jedoch die Ergebnisse des Oktoberumsturzes nicht anerkennen wollte, löste die Sowjetregierung, inzwischen eine Koalition zwischen Bolschewiki und den Linken Sozialrevolutionären, sie auf. Der Dritte Sowjetkongress erklärte im Januar 1918 das Land zur Sowjetrepublik.

Zwar kam es dann anders, als viele erhofft hatten. Es folgten der Diktatfrieden von Brest-Litowsk, der mehrjährige Bürgerkrieg mit zahlreichen Opfern und unvorstellbaren Grausamkeiten, mit «weissem und rotem Terror», ein dramatischer wirtschaftlicher Niedergang, Hunger und Seuchen, Elend und Not. Die Ideen von 1917 blieben jedoch lebendig: 1918 entschied sich die Kommunistische Partei, den Sozialismus unmittelbar, ohne Umwege über (staats-)kapitalistische Formen, aufzubauen.

Nicht zufällig bürgerte sich für die folgende Periode der Begriff «Kriegskommunismus» ein, um das Ziel und dessen kriegsbedingte Verzerrung symbolisch auszudrücken. Experimente in der Bauernpolitik, eine Bildungskonzeption «vom Kind aus», Reformen im Gesundheitswesen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die sich auf den Bedarf der Bevölkerung einstellen sollten, radikale Massnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau, Ansätze für neue Formen der betrieblichen Mitbestimmung und Selbstverwaltung, die Verbindung von modernster Technik mit sozialen Verbesserungen in einem langfristigen Wirtschaftsplan, ein Aufschwung von künstlerischer Avantgarde und «proletarischer Kultur» – all das sind Hinweise auf die zahlreichen Versuche, so viel wie möglich von den ursprünglichen Absichten zu verwirklichen.

Auch die Vorstellungen von politischer Autonomie und Selbstverwaltung gingen nicht völlig verloren. So beschloss die Neunte Konferenz der Kommunistischen Partei 1920 – ein Höhepunkt der innerparteilichen Demokratie –, Vorrechte für Parteimitglieder abzuschaffen, ein regelmässiges Rotationssystem für die FunktionärInnen einzuführen, Repressalien gegen Mitglieder, die von der herrschenden Meinung abwichen, zu untersagen und die innerparteiliche Kritik zu ermuntern. Parallel dazu diskutierten kommunistische Oppositionsgruppen, aber auch andere politische Kräfte, wie eine «Selbstorganisation der Arbeiterklasse», eine Produzentendemokratie, eine Neubelebung der Sowjets oder eine Dezentralisierung der Staatsmacht erreicht werden könnten.

Auch wenn das meiste nicht verwirklicht werden konnte, lohnt es sich, daran zu erinnern. Das betrifft ebenso die Utopien und Visionen für eine zukünftige Gesellschaft: etwa einer voll elektrifizierten und automatisierten Wirtschaft, in der es keinen Hunger, kein Elend und keine Ausbeutung mehr gibt, einer Gesellschaft, die ohne Staat auskommt, bis hin zu einer Weltgemeinschaft, vereinigt auf der Grundlage von selbstverwalteten Assoziationen, Ideen eines allseitig gebildeten und gesellschaftlich engagierten «neuen Menschen», der Überwindung des Todes oder der Eroberung des Kosmos. Sie können anregen, selbst über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken.

Dagegen steht die Frage der Gewalt, die unsere Einstellung zur Revolution beeinflusst. Bereits nach der Februarrevolution hatte es eine wachsende Gewaltbereitschaft, Selbstjustiz, willkürliche Rache und Vergeltung gegeben. Dem traten viele SozialistInnen, darunter auch Bolschewiki, energisch entgegen. Nach der Oktoberrevolution schritt die neue Regierung nicht entschieden gegen gewalttätige Handlungen ein. Das deutet darauf hin, dass die Bolschewiki keine konkrete Vorstellung davon hatten, welche Rolle die Gewalt beim Aufbau der neuen Gesellschaft spielen sollte. Der Rechtsstaat galt ihnen als eine «bürgerliche» Errungenschaft; sie sahen offenbar nicht, wie notwendig zuerst die Verfestigung rechtsstaatlicher Normen war, um ein neues, sozialistisches Rechtssystem zu errichten.

Die Verantwortlichen im Partei- und Staatsapparat liessen deshalb der Gewalt zunächst weitgehend ihren Lauf – in der Erwartung, dadurch würden nicht nur GegnerInnen der Revolution eingeschüchtert oder ausgeschaltet, sondern auch die alten Strukturen zerstört. In diesem Rahmen ergriffen dann die neuen Behörden zunehmend Massnahmen gegen tatsächliche oder vermutete GegnerInnen der Revolution. Nach wie vor gab es allerdings kein allumfassendes Konzept. Dies sieht man etwa daran, dass Lenin und andere führende Bolschewiki noch 1918 annahmen, die meisten Unternehmer würden bereitwillig mit ihnen zusammenarbeiten, wenn man einen bestimmten Gewinn garantiere oder in den verstaatlichten Betrieben einen entsprechenden Lohn zahle. Tendenzen einer gewaltsamen und einer friedlichen Entwicklung der Revolution liefen nebeneinander her.

Auch während der chaotischen Jahre des «Kriegskommunismus», des Bürgerkriegs und der bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Land gab es immer wieder Versuche, willkürliche Gewalthandlungen zu unterbinden und geregelte Verfahren einzuführen. Insgesamt wurde das Problem aber nicht ernst genug genommen. Der Zerfall staatlicher Ordnung bereitete den Weg für die Auffassung, nur durch eine «harte Hand» und autoritäre Strukturen könne das Land regiert werden.

[...]

Freie Gesellschaft freier Menschen

Was also bleibt von der Russischen Revolution? Die Vorgänge zwischen Februar und Oktober 1917 bildeten einen Prozess revolutionären Wollens, der sich aus den Lebenswelten der Menschen entfaltete, im Lauf des Jahres radikalisierte und zu zwiespältigen Folgen führte. Die Ideen, die sich in der Revolution äusserten, verbreiteten sich über die ganze Welt. So wie die Französische Revolution trotz aller negativen Auswirkungen heute noch ein Bezugspunkt für das Streben nach Freiheit und Menschenrechten ist, wird die Russische Revolution als Bestandteil dieses Strebens nach einer besseren Welt lebendig bleiben. Revolutionen versprechen allerdings in der Regel mehr, als sie einlösen können. So ist die Erinnerung an die Russische Revolution auch verbunden mit der Trauer um die Opfer, die sie forderte, um das Leid, das sie brachte, und um das Scheitern der Erwartungen, die sie geweckt hatte.

Bis heute sind die Forderungen nach ausreichender Ernährung, einer gerechten Landverteilung, Frieden und Freiheit, Autonomie, Mitbestimmung und Selbstverwaltung, einer Verbindung von moderner Technik und sozialer Politik aktuell. An viele Ideen, Visionen, Konzeptionen und Massnahmen können wir anknüpfen. Um sie weiterzuentwickeln, wären Fantasie, eine Hinwendung zu den Menschen, der Wille, Brücken zwischen den Lebenswelten zu schlagen, ein Denken in Möglichkeiten und Alternativen, Leichtigkeit, Ironie und Selbstreflexion wichtig.

Wir müssen uns mit der Revolution beschäftigen, um zu fragen, warum sich die mit ihr verbundenen Hoffnungen vieler Menschen nicht erfüllten, warum sie scheiterte und so viele Opfer forderte. Wir müssen uns damit beschäftigen, um die Mechanismen offenzulegen, wie die revolutionären Ziele und Ideale, die sich mit den Bedürfnissen des überwiegenden Teils der Bevölkerung deckten, in eine Politik von Gewalt und Unterdrückung umschlagen konnten.

Die KommunistInnen können nicht von vornherein als VerbrecherInnen abqualifiziert werden, doch im Nachhinein pflanzten gerade ihre Unterschätzung des Problems der Gewalt, ihre Neigung zur übermässigen Zentralisierung und zu einem Entscheidungsprozess von oben nach unten Keime ein, die im Stalinismus Früchte tragen sollten. Das bedeutet nicht zuletzt: Die Entwicklung der Revolution zeigt, dass oft etwas anderes als «das Gewollte» (Friedrich Engels) herauskommt, etwas anderes, als beabsichtigt wurde.

Sind deshalb Revolutionen in der Art der Russischen – ähnlich wie der Französischen – von Anfang an zum Scheitern verurteilt? Diejenigen, die dadurch an die Macht kommen, müssen Kompromisse eingehen, um sich an der Macht zu halten – und sie müssen Gewalt einsetzen, um zu verhindern, dass die GegnerInnen der Revolution diese rückgängig machen und gegebenenfalls blutige Rache nehmen. Damit aber entfernen sie sich von den Zielen und Idealen der Revolution, machen sich unglaubwürdig und verlieren an Rückhalt.

Gewaltanwendung bringt die besten Ziele in Verruf, weil sie mit den eigenen Ansprüchen unvereinbar ist. Immer neue Kompromisse, immer neue Gewaltmassnahmen sind nötig, um die Errungenschaften der Revolution zu retten, bis die ursprünglichen Absichten nicht mehr wiederzuerkennen sind. Gewiss ist diese Spirale der Gewalt nicht zwangsläufig, aber es ist – wie sich gezeigt hat – schwierig, sie aufzuhalten.

Die Sozialisten und Kommunistinnen in Russland wollten eine freie Gesellschaft freier Menschen erreichen, eine «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist» – wie sie Marx und Engels vorschwebte. In der Russischen Revolution konnten sich die ursprünglichen Ideen nicht durchsetzen. Wäre es unter anderen Bedingungen, ohne den langen Bürgerkrieg, ohne die Intervention ausländischer Mächte und ohne die Lasten der Vergangenheit, möglich gewesen? Wir wissen es nicht.

Es braucht letztlich eine andere Art von Revolutionen: Umwälzungen der Gesellschaft, die an die Wünsche, Bedürfnisse, Hoffnungen und Sehnsüchte der Menschen anknüpfen, aber diese von vornherein gewaltlos umzusetzen versuchen. Es wird immer wieder Situationen geben, in denen eine Revolution notwendig sein kann. Dann bedarf es einer klaren Analyse der jeweiligen Verhältnisse und einer überzeugenden Strategie der Gewaltlosigkeit. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Russischen Revolution mag uns lehren, wie das möglich sein kann.

Heiko Haumann (72) ist emeritierter Professor für Osteuropäische und Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Basel. Zuletzt ist von ihm als Herausgeber die zweite Auflage des Studienbuchs «Die Russische Revolution 1917» (UTB, 2016) erschienen.

Der vorliegende Text ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Heiko Haumann am 16. Februar 2017 an der Universität Basel hielt. Die vollständige Fassung finden Sie unter https://osteuropa.unibas.ch/fileadmin/osteuropa/user_upload/redaktion/PD... (link is external) (PDF-Datei).